

INFORMATIONEN- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöffland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 25. Jänner 2024
tis.hagmann@bluemail.ch



Wochenbericht KW 04/2024



Der Jans, das wollte ja niemand wahrhaben. Der Ideologie-Bundesrat Jans hat seine «Mit-Kommilllittonnen» mitgenommen. Alle sind begeistert vom «Netten». Wir wählen nicht die Fähigen, sondern diejenigen, die rechtzeitig vor das Loch geschoben werden. Seine **Generalsekretärin wird die grüne Nora Bertschi**. Von «Bern» keine Ahnung, dafür aber vom «Tschender» Schmarren. Deren Stellvertreter ist **Sebastian Kölliker**, ein ahnungsloser SP'ler aus Basel mit null Ahnung vom Parlamentsgeschäft. Das Gschpusi von Bertschi ist schon längere Zeit im Innendepartement als Referent. Und die **persönliche Mitarbeiterin von Jans ist Nora Kronig, ex-Staatssekretarin für Migration!** Auch eine SP-Tante und Einwanderungs-Fan. Wir gehen davon aus, dass die Apparatschikin ihren bisherigen **«Edel-Adel-Zapfen» von Fr. 360 000.-** weiterhin in den prallen Hintern gestopft erhält. Und der **Pressechef ist Oliver Washington**, ex-SRF-Staatssender. Nein, es gibt hier keine Korruption, kein Klientelismus, alles ist Zufall! Wir spotten seit 100 Jahren über die «Freunderlwirtschaft» in Österreich. Wir müssen sofort ganz still sein, die EAV spielt endlos den **«Tango corrupti»**.

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat am **30. Dezember 2023** die **Aufhebung der Binnengrenzkontrollen an den Luft- und Seegrenzen mit Bulgarien und Rumänien** beschlossen. An seiner Sitzung vom **24. Januar 2024** hat der Bundesrat den Notenaustausch zur Übernahme dieses Beschlusses genehmigt. Einfacher und verständlicher: die Kontrollen für Personen aus und nach Bulgarien und Rumänien an den Flughäfen entfallen. Nachtrag: in gut einem Jahr sind dann wieder alle Systemschreiber «überrascht», dass so viele Banditen und Ganoven in die Schweiz eingereist sind. Aber gehorsam übernimmt der Bundesrat innerhalb von 2 Arbeitswochen die Befehlsgebung der EU. Welches kranke Hirn hat das erfunden?

General Rob Bauer, Vorsitzender des Nato-Militärausschusses, war in Bern. Beim Pressegespräch mit **Georg Häsler** liess er die nackte Panik vor einem Zusammenbruch der UA-Streitkräfte durchschimmern. Dem grössten Nonsens widersprach der NZZ-Redaktor nicht in Ansätzen. So behauptete Bauer allen Ernstes, «...die UA Armee muss sich durch ungeheuer dichte Minenfelder durchkämpfen: **10km(!) tief und mit 5-6 Panzerminen pro Quadratmeter.**» Eine Panzermine hat einen Durchmesser von gut der Grösse eines Suppentellers. Man rechne... **Er hat offenbar noch nie Minen verlegt. Aber der Schreibwerker!** Absoluter Nonsens. Und (fast) alle kaufen ihm die Lügengeschichte ab.

Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG). Mit der dritten Teilrevision des Heilmittelgesetzes sollen im Bereich der Arzneimittel für neuartige Therapien (Advanced Therapy Medicinal Products) unter **weitgehender Übernahme des EU-Rechts** angemessene und klarere Regelungen eingeführt werden, um den **Zugang der Bevölkerung** zu innovativen und qualitativ hochstehenden Therapien und neuen Produkten zu gewährleisten. *Analog den Corona-Genspritzen!* Die Vorlage enthält zudem neue Regelungen zur vermehrten und konsequenten **Nutzung digitaler Instrumente** bei der **Verschreibung, Abgabe und Anwendung** von Arzneimitteln. Einfacher: der gläserne Bürger wird vollzogen. Alles ist jederzeit ersichtlich. Und unter Zugang verstehen die BAG-Tanten nichts anderes als den Zwang etwas zu vollziehen, das in der EU in der Regel zweifelhaft durchgeboxt wurde. **Nachtrag:** prüfen Sie beim nächsten Besuch Ihrer Apotheke, ob Sie für jedes «Schachteli» Medi ein «Beratungshonorar» von Fr. 7.50 abdrücken müssen. Und zwar jedes Mal, auch bei Dauerrezepten. Wenn Sie zu Ihrem Medikament keine

Frage haben, so können Sie die Streichung verlangen. Wenn «Local Big Pharma» nicht will, können Sie online bestellen, (Bsp. «DIE Rose) keine Wegelagerei.

Weiter werden im Bereich der **Tierarzneimittel** verschiedene Massnahmen ergriffen, um der Entwicklung von Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe vermehrt vorzubeugen, den Marktzugang zu neuartigen Therapien in der Veterinärmedizin zu gewährleisten und Handelshemmnisse zu verhindern, indem **Äquivalenz zu den einschlägigen EU-Verordnungen** geschaffen wird. Die mit der vorliegenden Änderung des HMG vorgesehenen Massnahmen **fördern die Digitalisierung wichtiger Prozesse im Gesundheitswesen**, klären den Umgang mit neuen Technologien und erhöhen die Qualität der Versorgung. Damit tragen sie zur Umsetzung der bundesrätlichen Strategie Gesundheit 2030 sowie des Masterplans des Bundes zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie bei. **Alles schönste Prosa auf dem Weg zum EU-Anschluss.** Man muss nicht jeden Blödsinn mitmachen. Veröffentlichung am 8. Dez. 2023, Vernehmlassungsfrist bis 22. März 2024, Eingaben an das EDI.



Merken sie sich die Gesichter dieser rot-grün-blauen Kriegstreiber-Gestalten!!!

Ein Rumpfhaufen an Neutralitätsverweigerern, Windfahnen und Profiteuren im Alpen-Oblast. Wie heisst ein altes tschech. Sprichwort: «**am Flattern der Mäntel erkennt man, woher der Wind bläst**». Und noch ein Sprichwort für die Geschichtsbananen: «**Draussen Fahnen, drinnen Lumpen**».

Der Westen braucht eine Fortsetzung des Kriegs in der Ukraine. Seit geraumer Zeit ist ersichtlich, dass das Ende der Ukraine in Sicht ist. Hinter den Kulissen wird bereits verhandelt. Jetzt schon lässt sich sagen, der Krieg ist für die Ukraine gescheitert, Europa ist kaputt und heruntergewirtschaftet. Für den Westen stellt sich nun die Frage, wie es weitergehen soll. Eine Verhandlungsstrategie ist nicht kommuniziert und auch nicht absehbar. Ist einmal ein Waffenstillstand beschlossen, ist der Westen weg vom Fenster. Wirtschaftlicher Niedergang, Inflation, Massenmigration, Armeen, die nicht einsatzfähig sind. **Austin, Cameron, Baerbock und Co. brauchen eine Fortsetzung des Kriegs, damit ihre Hilflosigkeit nicht offen zutage tritt. Und: zum dritten Mal in der jüngeren Geschichte wird Europa durch eine Nation in den Abgrund gezogen.** Putin hingegen kann die westliche Panik ausnutzen und so tun, als wolle er die ganze Ukraine besetzen, wenn Selenskyj erst einmal seine letzten Reserven «verbraten» hat. Danach kann er als Kompromiss eine Neutralität der Ukraine anbieten, mit der er möglicherweise schon im Frühjahr 2022 zufrieden gewesen wäre. Jetzt muss er es nur noch so einrichten, dass der Westen der Weltöffentlichkeit einen solchen Kompromiss als seinen eigenen Sieg verkaufen kann. **Westlichen Sicherheitsgarantien wird die Ukraine aber wohl nie mehr vertrauen – mit gutem Grund.** Nachtrag: haben Sie schon jemals einen höheren Offizier der Schweizer Armee gehört, der in den letzten 2 Jahren eine Lageanalyse oder Stellungnahme zum Kriegsgeschehen veröffentlicht hat? In irgendeiner Form? Fehlanzeige.

Die nächste Stufe der Eskalation ist vollzogen. Nachdem man die Bauern in der EU ausgehungert hat, hat man mit der Lüge des «Geheimtreffen» die nützlichen Idioten, Staatsgläubigen und Mitläufer auf die Strasse gelockt. Vom Linksextremismus spricht niemand mehr, am wenigsten der Chef des Verfassungsschutzes. Dann warten wir also ab bis zu den Wahlen im Herbst, dann wird im Osten die AfD zuschlagen und die Mehrheit holen. Dann gibt es kein Ausgrenzen mehr, andernfalls der Aufstand kommt. Die Wette gilt.

Per Ende 2023 können wir das Geschäftsmodell von Biontech/Pfizer kurz zusammenfassen: zuerst die Menschheit Krankimpfen (gibt enorm Zaster) und dann angeblich heilen. Gibt nochmals (enorm) Zaster. Und die WHO prüft allen Ernstes die Markierung von Ungeimpften. Gibt noch höhere Gewinne. Es ist eine Frage der Zeit, bis wir so weit sind. **1789 war der Sturm auf die Bastille.** Das ist nur ein Geschichtshinweis – für die stillen Mitleser.

CS-Kader verloren \$1,2 Mrd. aufgeschobene Boni, weil versprochene CS-Aktien zum Dumping-Preis in UBS-Titel konvertierten, resultierte ein schwarzes Loch für Begünstigte. Die CS-Chefs sind Bonus-Banker. Ganz zum Schluss erlitten allerdings viele von ihnen einen Grossausfall. 784 Millionen US-Dollar im 2022 und 418 Millionen Dollar in der ersten Hälfte von 2023. Grund ist die Wandlung der gesperrten CS-Aktien in solche der UBS. Das Umtauschverhältnis entspricht jenem aller Aktionäre. Basis bilden somit die 0,76 Franken pro Titel der im März zerschlagenen Paradeplatz-Bank. Der niedrige Preis führte umgerechnet zu einem Wechselverhältnis von rund **22 CS-Titel für eine UBS-Aktie!** Das führte total zu einem Verlust von 1,2 Milliarden: eben die 784 plus 418 Millionen. Auf den AT-1-Bonds, die ebenfalls einen Teil ihrer aufgeschobenen leistungs-basierten Entschädigungen ausmachten, erlitten sie einen Totalausfall. Aber keine Angst, der Rubel rollt weiter. Der Kurs ist wieder bei ca. 25 Franken, das entspricht einem Plus von rund 50 % im Vergleich zum Level vor dem «Deal» des Jahrzehnts. Und die Strippenzieherin wurde als Bundesrätin wieder gewählt.

Interessiert das? Die neuen Parlamentarier haben sowieso keinen Schimmer von dieser Angelegenheit. Bezug zur Realität? Nichts! Es geht, wie könnte es anders sein, **um Unsummen an Geld.** Wie bei der Geld-Verschleuderung zu Coronazeiten. **Die IV** wurde vor einigen Jahren mit **14,2 Mia. Franken vor dem Kollaps gerettet.** Damit schuldet also die IV diesen Betrag an den AHV-Fonds. Von dieser Schuld wurden dann **4,1 Mia «getilgt».** Fertig. **Die restlichen 10,1 Mia. Franken schuldet die IV immer noch dem AHV-Fonds.** Und inzwischen ist die Aussicht auf gesicherte Renten mehr als getrübt. Grund sind die Direkt-Einmarschierer in alle Sozialwerke inkl. AHV. Notabende, in die die Asylanten nie einen Franken einbezahlt haben. Niemand kann oder will Auskunft geben. **Die Medien schweigen (wie üblich) ein Thema unter den Redaktionstisch. Wie die Impfschäden.**

Der «SBB-Fortschritt» ist nicht aufzuhalten. Offenbar lautet das Motto der digitalen «Billettschka» - **kein Handy – keine Bahnfahrt!** Das neue «Halbtaxplus»-Abo ist nur der Anfang: damit wollen die Verkehrsunternehmen den digitalen Umbau vorantreiben bzw. erzwingen. Sie wollen dafür ein eigenes **Ortungssystem** entwickeln! Alle Alarmglocken müssten jetzt läuten! O-Ton der Bahngewaltigen: «Das Vorgehen passt zur Strategie der **Alliance Swisspass.** Sie plant, ab **2035 praktisch nur noch digitale Billette zu verkaufen.** Die Branchenorganisation erwägt mit «myride» gar einen fundamentalen Umbau des Ticketsystems: Die Reisen der Passagiere sollen dereinst **per Handy automatisch verfolgt und abgerechnet werden.»** Interessant ist der Aufruf mit Tor dieser Seite:

<https://www.allianceswisspass.ch/de/> wer das aufruft, erhält diese Antwort: «Access denied. Your request has been denied for security reasons.»

Wer mit VPN die Seite <https://www.allianceswisspass.ch/de/> mit untrusted Cookies aufruft, erhält nur eine leere Seite als Antwort.

Wer die Seite <https://www.allianceswisspass.ch/de/> mit Cookies aufruft und wissen will, was alles **Microsoft Corporation** abfragt, zeigt

<https://themarkup.org/blacklight?url=powerapps.com&device=mobile&location=us> an.

Aber auch **Alphabet, Inc..** oder «**This website loads trackers on your computer that are designed to evade third-party cookie blockers.**». Einfacher: **Die Benutzer der Webseite allianceswisspass.ch werden ausgespäht. Und: wer steckt dahinter?**

Die Herrscher von Alliance Swisspass wollen genau wissen, wer, wann, wohin fährt. Früher oder später braucht jeder den SwissPass, wenn er mit dem öV fahren wird. Der Billettverkauf online läuft immer über die Alliance Swisspass. Die gesammelten Daten werden also in Bundesbern landen. **Alliance Swisspass ist klar eine Datenkrake.**

Die grünen Wahnsinnigen haben noch nie in eine Bauernchronik geschaut oder alte Wetterregeln gelesen. Deren geistiger Weitblick reicht höchstens bis zur Ecke des Komposthaufens. Es ist kalt. In La Brévine -25° C. In Österreich liegt wieder einmal schön Schnee. In Norddeutschland bläst der «blanke Hans». Wenn es im November 1 (ein) Grad zu warm ist, dann ist für die verlogenen «demokratischen» Grüninnen der Klimawandel schuld. Wenn es im Januar kalt ist, ist es das Wetter (für die Vogelscheuchen). Die grössten Idioten stottern vom Radl herab und versteigen sich angesichts der Bauerndemos zur verdumnten Aussage «Traktor fahren macht dumm». Nur weil die verkümmerten Bonsai-Hirni nicht akzeptieren können, dass es **die Landwirte sind, die dafür sorgen, dass diese Hohlköpfe etwas auf dem Tisch haben**. Angesichts der **5000 Traktoren (am 13.1.) auf einem (!) Platz** drehen wir den Spieß um: **«Velofahren macht dumm»**

Die Wahl des «neuen» Chef's SEPOS ist nichts anderes, als die Neutralität militärisch begraben und der NATO-Horchposten in Betrieb genommen. Kein Berufsoffizier wurde ernannt, dafür ein Quereinsteiger. Er wird kein Marschlied anstimmen, dafür den EU- und Nato-Gesang mitsummen. So geht das im Postenschacher.



Erstellen auch Sie ein Plakat an Ihrer Türe:
Eintritt nur ohne Maske!



AUFARBEITUNGSINITIATIVE.CH

Falls Sie das Wort hören – Mikrobiom – das ist die nächste geplante «Seuche». Der deutsche Arzt und Analyst **Heiko Schöning** warnt bei Stefan Magnet im Sender **AUF1** vor einer bevorstehenden weltweiten Attacke auf die öffentliche Gesundheit. Bitte, keine Verschwörung... Nach langen Recherchen ist er sich sicher, wie der Bio-Waffen-Angriff ablaufen wird. Millionen von Menschenleben könnten bedroht sein. Hinter den Kulissen investieren Pharmakonzerne und Geheimdienste bereits jetzt Milliardenbeträge in die Vorbereitung. An den Machenschaften sind die gleichen Leute beteiligt, die bereits bei Corona die Strippen zogen. Welche Belege vorliegen, wie der **Biowaffen-Angriff** erfolgen könnte und wer die Hintermänner sind, erklärt Arzt und Analyst Schöning in diesem brisanten Interview. Weitere Beiträge auf **AUF1**.



MEDIENBOYKOTT
STOPP MANIPULATION
www.medienboykott.ch

Am 23. Januar 2024, war Miss Schwarznase am Gesundheitsministertreffen der OECD in Paris. Das muss ein reich befrachtetes Programm gewesen sein, nebst Mikrofon-Plaudern, Apéro riche und Lunch. Es sollen in den zwei verbleibenden Stunden die Lehren aus der Pandemie gezogen worden sein. Die begreift doch gar nicht, was da diskutiert wurde... als Impfmatin. Dann viel BlaBla um den Klimawandel im Gesundheitswesen und die Alterung. Alles hochrangige «Fachkräfte», gem. amtl. Bulletin der Kanzlei. **Eine Lachnummer.**

Das Büro Ha5040 ist zwecks Nachrichtenbeschaffung für kurze Zeit geschlossen «do svidaniya»!

Der nächste Wochenbericht erscheint erst wieder in der KW 08, am 22. Februar 2024

BLW-Direktor Christian Hofer hat die Schweiz vom 18. bis 20. Januar 2024 in Berlin am «Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)» vertreten. Das Forum widmet sich den **Ernährungssystemen(!)** der Zukunft. Politischer Höhepunkt ist die 16. Berliner Agrarministerkonferenz, die am 20. Januar 2024 stattfindet. Soweit das off. Bulletin bzw. amtliche Worthülse. Einfacher: das ist nichts anderes als die **Planungskonferenz der spröden Transatlantiker, was wir in Zukunft noch essen dürfen.** Also Grillen, Würmer, Maden oder Laborfleisch. Über ihre Gelage in den Adel-Lokalen ist heuchlerischer Dunst des Schweigen's und des Wahnsinn's. Bald ist **«Schmutziger Donnerstag» bzw. «Jeudi sale»:** geben wir uns noch einmal hin – erfreuen wir uns an einer opulenten Schlachtplatte, mit Bier, Wein und Schnaps! Vive la grande cochonaille!

Immer die anderen. Nach den **Wolfsrissen im Kanton Aargau**, sagte der Bauernpräsident **Christoph Hagenbuch** kurz, knapp aber klar, dass der Wolf nicht in den Aargau gehört. Selbstverständlich schweigen die grünen **Naturaplan-Wolfisten** immer dann, wenn sie eine klare Stellungnahme abgeben sollten. Dann heulen sie heuchlerisch nach der Verantwortung der Schafhalter und nach zusätzlichen Schutzmassnahmen. Und was sagt der Bauernpräsident dazu? **Treffender und schlagender kann man es nicht ausdrücken:**
«Nichtschwimmer spazieren auch nicht mit Schwimmflügel der Reuss entlang».

Die Rede, die Außenminister Lawrow im UN-Sicherheitsrat gehalten hat, dürfte eine der wichtigsten Reden der letzten Zeit gewesen sein, denn er hat den russischen Standpunkt zur Ukraine-Krise, zum Völkerrecht und zum Verhalten des US-geführten Westens im Detail dargelegt. Der genaue Wortlaut wurde in der Systempresse (mit wenigen Ausnahmen) unterschlagen. Die Rede zeigt auch den Unterschied zwischen russischen und westlichen Politikern, denn **Lawrow** hat alle seine Ausführungen mit konkreten Bestimmungen des Völkerrechts untermauert und ausführlich daraus zitiert, während westliche Politiker in der **UNO infantile Phrasen** dreschen und Parolen wiederholen. Man höre sich die Phrasendrescherei von **Scholz, Biden und Selensky** am gleichen Tag vor der UN-Generalversammlung an. Hier **die vollständige Ansprache vom März 2023 – im Hinblick auf den Niedergang der UA.**

Teil 1

Herr Präsident! Herr Generalsekretär, liebe Kollegen,

Die bestehende internationale Ordnung wurde auf den Trümmern und den Ergebnissen der kolossalen Tragödie des Zweiten Weltkriegs errichtet. Ihr Fundament war die UN-Charta, das Schlüsselement des modernen Völkerrechts. Es ist vor allem der UNO zu verdanken, dass ein neuer Weltkrieg mit einer nuklearen Katastrophe abgewendet werden konnte. Leider hat sich der **«kollektive Westen»**, **angeführt von den USA**, nach dem Ende des Kalten Krieges willkürlich zum obersten Richter über die Geschicke der Menschheit aufgeschwungen und, getrieben von einem Exzeptionalismus-Komplex, das Vermächtnis der UN-Gründerväter immer häufiger ignoriert.

Heute beruft sich der Westen selektiv auf die Normen und Grundsätze der Charta, von Fall zu Fall, ausschliesslich nach seinen egoistischen geopolitischen Bedürfnissen. Das führt unweigerlich dazu, dass die globale Stabilität untergraben wird, bestehende Spannungsherde verschärft und neue angeheizt werden. Auch die Risiken eines globalen Konflikts nehmen zu. Gerade um sie einzudämmen und die Ereignisse in eine friedliche Richtung zu lenken, hat Russland darauf bestanden und besteht darauf, dass alle Bestimmungen der UN-Charta nicht selektiv, sondern in ihrer Gesamtheit und in ihrer Wechselbeziehung beachtet und angewandt werden, einschliesslich der Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, der Achtung der territorialen Integrität und des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung. **Das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten stellt eine systematische Verletzung des in der Charta verankerten Gleichgewichts der Anforderungen dar.**

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Gründung unabhängiger Staaten an ihrer Stelle haben sich die USA und ihre Verbündeten unverhohlen und unverfroren in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt. Wie die stellvertretende US-Außenministerin **Victoria**

Nuland (!) Ende 2013 öffentlich und sogar stolz zugab, hat Washington fünf Milliarden Dollar ausgegeben, um in Kiew Politiker zu fördern, die dem Westen gegenüber gehorsam sind. Alle Fakten des «Engineering» der Ukraine-Krise sind seit langem bekannt, aber sie versuchen, sie auf jede erdenkliche Weise zu vertuschen, um die ganze Geschichte vor 2014 zu «canceln». Aus diesem Grund könnte das Thema des heutigen Treffens nicht passender sein und ermöglicht es uns, die **chronologische Kette der Ereignisse zu rekonstruieren**, gerade im Zusammenhang mit der Haltung der Hauptakteure zur Umsetzung der Grundsätze und zu den Zielen der Charta der Vereinten Nationen.

In den Jahren 2004 und 2005 hat der **Westen, um einen pro-amerikanischen Kandidaten an die Macht zu bringen, den ersten Staatsstreich in Kiew genehmigt** und das ukrainische Verfassungsgericht zu der rechtswidrigen Entscheidung gezwungen, einen dritten Wahlgang abzuhalten, der in der Verfassung des Landes nicht vorgesehen war. Während des zweiten Maidan in den Jahren 2013 und 2014 wurde die Einmischung in die inneren Angelegenheiten noch deutlicher. Damals ermutigten eine ganze Reihe von westlichen «Reisenden» die Teilnehmer an den regierungsfeindlichen Demonstrationen direkt zu gewalttätigen Aktionen. Dieselbe **Victoria Nuland sprach mit dem US-Botschafter in Kiew über die Zusammensetzung der künftigen Regierung, die von den Putschisten gebildet werden sollte**. Gleichzeitig wies sie die EU auf ihren tatsächlichen Platz, den sie in der Weltpolitik aus der Sicht Washingtons hat. Wir alle erinnern uns an ihren anzüglichen Zwei-Worte-Satz. Es ist bezeichnend, dass die EU ihn «geschluckt» hat. **Im Februar 2014 wurden von den Amerikanern ausgewählte Personen zu den Hauptakteuren der blutigen Machtergreifung**, die – ich erinnere daran – einen Tag nach der unter den Garantien Deutschlands, Polens und Frankreichs erzielten Einigung zwischen dem rechtmässig gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, und den Führern der Opposition organisiert wurde. **Der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten wurde immer wieder mit Füßen getreten**.

Unmittelbar nach dem Staatsstreich erklärten die Putschisten, dass es ihre unbedingte Priorität sei, die Rechte der russischsprachigen Bürger der Ukraine zu beschneiden. Und die Bewohner der Krim und des Südostens des Landes, die sich weigerten, die Ergebnisse der verfassungswidrigen Machtergreifung zu akzeptieren, wurden zu Terroristen erklärt und es wurde eine Strafaktion gegen sie eingeleitet. Als Reaktion darauf wurden auf der **Krim und im Donbass Referenden abgehalten, die in vollem Einklang mit dem in Artikel 1 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker standen**.

Westliche Diplomaten und Politiker verschliessen in Bezug auf die Ukraine die Augen vor dieser wichtigsten Norm des Völkerrechts und versuchen, den gesamten Hintergrund und das Wesen der Geschehnisse auf die Unzulässigkeit der Verletzung der territorialen Integrität zu reduzieren. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass in der 1970 einstimmig angenommenen Erklärung der Vereinten Nationen über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist, dass der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität für «Staaten gilt, die in ihrem Handeln den Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker beachten und infolgedessen Regierungen haben, die alle in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Völker vertreten». Dass die ukrainischen Neonazis, die in Kiew die Macht ergriffen haben, die Bevölkerung der Krim und des Donbass nicht vertreten, bedarf keines Beweises. Und die bedingungslose Unterstützung der westlichen Hauptstädte für die Aktionen des verbrecherischen Regimes in Kiew ist nichts weniger als eine Verletzung des Grundsatzes der Selbstbestimmung nach einer groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Verabschiedung rassistischer Gesetze, die alles Russische verbieten – Bildung, Medien, Kultur, die Zerstörung von Büchern und Denkmälern, das Verbot der ukrainisch-orthodoxen Kirche und die Beschlagnahmung ihres Eigentums -, die auf **den Staatsstreich unter der Herrschaft von Poroschenko und dann Selensky folgten**, waren ein eklatanter Verstoss gegen Artikel 1.3 der UN-Charta über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle – ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion. Ganz zu

schweigen davon, dass diese Massnahmen in direktem Widerspruch zur ukrainischen Verfassung stehen, in der die Verpflichtung des Staates zur Achtung der Rechte von Russen und anderen nationalen Minderheiten festgeschrieben ist.

Wenn wir die Forderungen hören, die **«Friedensformel» (Anm.: das Thema am WEF!)** umzusetzen und die Ukraine in die Grenzen von 1991 zurückzuführen, stellt sich die Frage: Sind diejenigen, die das fordern, mit den Erklärungen der ukrainischen Führung darüber vertraut, was sie mit den Bewohnern der betroffenen Gebiete zu tun gedenkt? In der Öffentlichkeit, auf offizieller Ebene, wird ihnen immer wieder mit der juristischen oder physischen Vernichtung gedroht. **Der Westen hält seine Schützlinge in Kiew nicht nur nicht zurück, sondern ermutigt ihre rassistische Politik sogar enthusiastisch.**

In ähnlicher Weise haben übrigens die EU- und NATO-Mitglieder jahrzehntelang das Vorgehen Lettlands und Estlands unterstützt, die die Rechte Hunderttausender russischsprachiger Einwohner, die als **«Nicht-Bürger»** bezeichnet werden, missachteten. (Anm.: die laufende Abschiebung der wohnhaften Russen aus Lettland, mehrheitlich im Rentenalter!) Jetzt sprechen sie schon ernsthaft über die Einführung einer strafrechtlichen Verantwortung für den Gebrauch der eigenen Muttersprache. Hochrangige Beamte erklären offiziell, dass die Verbreitung von Informationen über die Möglichkeit, dass dortige Schüler russische Fernstudiengänge belegen können, fast als Bedrohung der nationalen Sicherheit zu betrachten ist und die Aufmerksamkeit der Strafverfolgungsbehörden erfordert.

Zurück zur Ukraine. **Der Abschluss des Minsker Abkommens im Februar 2015** wurde durch eine Sonderresolution des Sicherheitsrats gebilligt – in voller Übereinstimmung mit Artikel 36 der Charta, der **«jedes Verfahren zur Beilegung einer Streitigkeit, das von den Parteien akzeptiert wurde»**, unterstützt. In diesem **Fall von Kiew, der DNR und der LNR**. Im vergangenen Jahr (2022) haben alle Unterzeichner des Minsker Abkommens mit Ausnahme von Wladimir Putin, also **Merkel, Hollande und Poroschenko, öffentlich und sogar freudig zugegeben, dass sie bei der Unterzeichnung des Dokuments nicht die Absicht hatten, es umzusetzen. Sie wollten nur Zeit gewinnen**, um das militärische Potenzial der Ukraine zu stärken und das Land mit Waffen gegen Russland aufzurüsten. All die Jahre haben die EU und die NATO die Sabotage des Minsker Abkommens direkt unterstützt und das Kiewer Regime zu einer gewaltsamen Lösung des «Donbass-Problems» gedrängt. Dies geschah unter Verletzung von Artikel 25 der Charta, wonach alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichtet sind, «die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu befolgen und auszuführen».

Ich erinnere daran, dass die **Staats- und Regierungschefs Russlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine** als Teil des Pakets mit dem Minsker Abkommen eine Erklärung unterzeichnet haben, in der sich Berlin und Paris unter anderem dazu verpflichtet haben, bei der **Wiederherstellung des Bankensystems im Donbass** zu helfen. Aber sie haben keinen Finger gerührt. Sie haben lediglich zugesehen, wie **Poroschenko entgegen all diesen Zusagen eine Handels-, Wirtschafts- und Transportblockade gegen den Donbass** verhängte. In derselben Erklärung verpflichteten sich Berlin und Paris, zur Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit im Rahmen des Formats EU-Russland-Ukraine beizutragen, um Russlands Bedenken in Handelsfragen konkret anzugehen und «die Schaffung eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik» zu fördern. Auch diese Erklärung wurde vom Sicherheitsrat gebilligt und unterlag dem bereits erwähnten Artikel 25 der UN-Charta. Doch auch diese Verpflichtung der Staatschefs Deutschlands und Frankreichs erwies sich als «leer»; ein weiterer Verstoss gegen die Grundsätze der Charta.

Andrej Gromyko, sagte zu Recht: **«Besser zehn Jahre Verhandlungen als einen Tag Krieg»**. Diesem Grundsatz folgend haben wir viele Jahre lang verhandelt, den Abschluss von Vereinbarungen im Bereich der europäischen Sicherheit angestrebt, die NATO-Russland-Grundakte gebilligt, 1999 und 2010 auf höchster Ebene die OSZE-Erklärungen zur Unteilbarkeit der Sicherheit angenommen und seit 2015 auf der bedingungslosen Umsetzung des Minsker Abkommens bestanden. Alles geschah in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta, die verlangt, «die Bedingungen für Gerechtigkeit und die Einhaltung der Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts zu gewährleisten». **Unsere westlichen Kollegen haben gegen diesen Grundsatz verstossen, als sie all diese Dokumente unterzeichneten, obwohl sie im Voraus wussten, dass sie sie nicht einhalten würden.**

Teil 2 später

Die Krise am Roten Meer und Suezkanal trifft Europas Volkswirtschaften. Das Missverhältnis zwischen der realen Sicherheitsbedrohung durch die Hütis und der Störung der Weltwirtschaft durch die Krise am Roten Meer wirft die Frage auf, ob wir hier eine weitere Variante der **«Nord-Stream-Taktik»** erleben. Wie bei der Sabotage der Nord-Stream Gaspipeline, die **unter Mitwirkung der NATO und US Truppen Geheimdienste gesprengt wurde**, ist Europa wieder der grosse Verlierer. 12% des Welthandels geht durch den Suezkanal, bei Erdöl 10%, Erdgas 8%, Containerverkehr sogar 30%. Nicht weniger als 40% des Handels zwischen Asien und Europa werden gewöhnlich über diese Route abgewickelt, darunter grosse Mengen an Erdöl und Diesel, Lebensmittel wie Palmöl und Getreide und alles andere, was auf Containerschiffen transportiert wird. Nach Angaben des Chefs der Suezkanalbehörde, Osama Rabie, ist der Schiffsverkehr seit Jahresanfang gegenüber 2023 um 30% geschrumpft. Der Containerverkehr ging nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) um 66% zurück. Noch sind wir nicht wieder bei den Zuständen von 1869, vor dem Bau des Kanals, aber immer mehr Reedereien wählen die längere Route um das Kap der Guten Hoffnung, mit einer **Verlängerung der Fahrzeit um zwei Wochen** und viel höheren Kosten. Die Kosten für die Verschiffung eines **40-Fuss-Standardcontainers von China nach Nordeuropa sind laut IfW von 1500 auf 4000 Dollar** gestiegen. Für Schiffe, die noch den Kanal durchfahren, stiegen die **Versicherungskosten um 400%**. Für ein Schiff mit einem Wert von 100 Mio.\$ kostet die Versicherung eine halbe Million Dollar pro Fahrt, wenn es die Routen im südlichen Roten Meer oder im Golf von Aden nimmt. Ein Energie und Versorgungsschock ist das letzte, was die europäischen Volkswirtschaften jetzt brauchen können, da ohnehin wegen des **Wahnsinns der Sanktionen und der „grünen Wende“ die Deindustrialisierung droht. Wie in jedem Krimi, stellt sich die Frage: cui bono?** <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/kieltrade-indicator-1-2024/>

Der ganz normale Wahnsinn eines wahnsinnigen Bundeskanzlers. Nochmals, **es war kein Geheimgespräch. Es war ein öffentl. Vortrag.** All die linken Endzeitheuler führen jetzt die gesteuerte Aggression gegen AfD und fantasieren von einem Verbot. Hatten wir schon einmal in der Geschichte da drüben. Offensichtlich nichts gelernt. Wenn das kommt, ist der Bürgerkrieg da. Auch Scholz feuert die Kampagne um das sog. Geheimgespräch zur Remigration weiter an. Allerdings ist dem vergesslichen Kanzler (bzw. seinen schusseligen Mitarbeitern) ein Faux-pas unterlaufen. Das (zweite) Video in seiner elenden Twittererei war das aus der vergangenen Woche, in dem Scholz die Bürger zum Kompromiss aufforderte. Mittlerweile wurde es ausgetauscht. Die Kriegsgurgeln treiben sogar den eigenen Notstand an.

Der Bauernverband des Kantons Zürich hat sich mit den dt. Bauern verbunden erklärt. Das ist schön. Aber jetzt müssen an der ganzen Nordgrenze Taten folgen. Die Deutschen haben gezeigt, wie man das macht...

Was passiert, wenn die Ukrainer erkennen, was die Amerikaner ihnen angetan haben?

Selenskij war wieder auf Betteltour. Der reichste Bettler der Welt. Diesmal am WEF. Der baldige GAU treibt die Transatlantiker in Panik und Hysterie: was ist die Zukunft, **wenn Trump gewinnt und die Ukraine aufgibt. bzw. kapituliert?** Das haben die NATO, die EU und die Ami's zu verantworten. Das Kartenhaus wird zusammenfallen. Die Kluft zwischen der Lügenpropaganda und der harten Realität, der unbequemen Wahrheit, wird immer grösser und kann nicht mehr heruntergespielt werden kann. Die westlichen Sanktionen haben Russland nicht gelähmt und sich nur negativ auf Europa ausgewirkt. Der Handel mit Russland läuft weiter – via Türkei. Auch aus der Schweiz und Deutschland!

Spätestens mit dem neuen Präsidenten in den USA ist es aus mit Geld und Waffenlieferungen. Und Europa kann nicht mehr weiter «spenden», weil alle Lager geplündert sind. **Dann wird die Ukraine im Stich gelassen – von der westlichen Welt.** Wenn die Ukrainer verlieren und erkennen, dass **die Amerikaner mit ihnen ein Drecksspiel gespielt haben**, dann **wechseln die Ukrainer die Seite.** Weil sie dann die unbezahlbaren Schulden dem Westen nicht zurückzahlen müssen bzw. nicht ein weiteres Mal bluten müssen.

Mit den völlig überrissenen Friedens-Schalmeien-Tönen von Cassis und Amherd, hat sich die Schweiz endgültig ins Abseits begeben. Den Russen ist bereits jetzt egal, was Europa denkt. **Die Schweiz wird def. nicht mehr ernst genommen. Dank dem Rat der Gutmenschen und Ahnungslosen in Bern. Eine untaugliche Regierung.**